

Rheingauer Bürgerfreund

ersch. Dienstags, Donnerstags und Samstags.
am letzten Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal M. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühren.)
Inseratenpreis pro sechsspaltiger Pettzeile 20 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Etienne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

No 17

Samstag, den 8. Februar 1919

70. Jahrgang

Amstlicher Teil.

61. Inf.-Div. — Generalstab — 2 Bureau Nr. 1476 —
1477.

Befehl.

Ich habe festgestellt, daß gelegentlich des 2. ds. Mts. abgehaltenen Appells der Demobilisierten die Offiziere mit der Truppe befohlen waren.
Für die Zukunft sind die aus dem Heeresdienst entlassenen Offiziere auf besonderer Liste aufzuführen und gesondert von den übrigen Militärpersonen zu einem etwaigen Appell zu befehlen.

gez. Eoochard.

Ordre.

Je constate que, pour l'appel des demobilisés allemands qui a eu lieu le 2. Février, les officiers ont été convoqués avec la troupe.
Dorénavant, les Officiers demobilisés seront portés sur une Liste spéciale et seront l'objet d'une convocation distincte de celle des hommes de troupe.

sign. Eoochard.

Befehl des französischen Kreisverwalters vom 3. 2. 19. Nr. 63/630.

Vom 3. Februar 1919 an können Weisungen zwischen den besetzten Gebieten und dem nicht besetzten Deutschland unter Kontrolle der franz. Wirtschaftsektion und durch Vermittlung nachfolgender Banken in Mainz erfolgen:

Reichsbank, Mainz,
Diskonto-Gesellschaft, Mainz,
Kronenberger & Co., Mainz.

gez. Dacrol.

Arbeitszeit.

Der Herr Militärkommandant läßt bekanntgeben, daß die Verordnung vom 23. November 1918, durch welche die gezielte tägliche Arbeitszeit festgelegt wurde, keine Anwendung auf die von den Militärs besetzten Gebiete finden kann; es ist Sache der Interessenten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich in dieser Hinsicht auf gegenseitigen Einverständnis zu verständigen, wenn sie diese Verständigung den Umständen der Militärbehörde vorlegen. In Fällen, wo Männer aus Gründen und Ursachen, welche hätten vermieden werden können, ohne Arbeit sind, werden diese in Arbeitsgruppen zusammengefaßt und für den Wegebau und sonstige Arbeiten verwendet.
Die Herren Bürgermeister ersuche ich um ordentliche Bekanntgabe.
Hüdesheim a. Rh., den 4. Februar 1919.
Der Landrat.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der bis zum 4. Oktober angestellten Vergütungsanerkennnisse über gemäß § 3 Nummer 1 und 2 des Kriegsteilnahmegegesetzes vom 13. 6. 1873 in den Monaten Februar, Juni und Juli 1918 gewährte Kriegsteilnahmeleistungen, die Vergütungen bei der Regierungshauptkasse bezogen, den zuständigen Kreisstellen gegen Rückgabe der Anerkennnisse in Empfang zu nehmen.
Es kommen die Vergütungen für Naturalquartiere, Naturalverpflegung und Fourage in Betracht. Den in Frage kommenden Gemeinden wird von hier aus nach besonders mitgeteilt, welche Vergütungsanerkennnisse in Frage kommen und wieviel die Einsen betragen.
Auf den Anerkennnissen ist über Betrag und Rinsen zu quittieren. Die Quittungen müssen auf die Reichshauptkasse lauten.
Der Einsenlauf hört mit Ende des Monats Dezember 1918 auf. Die Zahlung erfolgt gültig an die Inhaber der Anerkennnisse gegen deren Rückgabe. In einer Prüfung der Legitimation der Inhaber ist die zahlende Kasse berechtigt aber nicht verpflichtet.
Hüdesheim, den 22. Januar 1919.
Der Regierungspräsident.
J. W. gez. Dunkelshausen.

Die Nationalversammlung.

Eröffnungssitzung.

Weimar trägt Sonntagsschmuck und Festtagsstimmung liegt über der Stadt. Von den Häusern wehen Fahnen in den deutschen und weimarischen Farben. Im altberühmten Weimarer Lustentempel ist der zweiten deutschen Nationalversammlung eine würdige Heimstätte bereitet worden.
Das Innere des Nationaltheaters bietet ein freundlich-festliches Bild. Auf der Bühne, welche nach hinten in halbkreisförmig abgeklappt ist, steht im Vordergrund die Präsidententribüne mit dem hohen, aus dem Reichstag herübergebrachten Präsidentensstuhl. Die Präsidententribüne ist mit Blumen reich geschmückt. Vor der Präsidententribüne steht das Rednerpult und zu beiden Seiten der Rednertribüne je zwei Reihen Bänke mit Stühlen für die Reichstagsmitglieder. In den Rundräumen hinter der Präsidententribüne stehen im Patriarchen die ebenfalls aus dem Reichstage herübergebrachten Stühle der Vertreter der Einzelstaaten.

Der Saal ist schon geraume Zeit vor Eröffnung der Sitzung voll besetzt. Die Regierung hat an ihren Tischen vollständig Platz genommen. Pünktlich um 3¼ Uhr eröffnet Ebert die Sitzung mit einer Ansprache, in der er zunächst die Frauen herzlich begrüßt. Als er von der Revolution sprach und die Worte brachte: In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltverfassung, hört man bei der Reden lebhaftes Zischen. Ebert fährt fort: Die Regierung begrüßt in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. (Beifall.) Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts, wiederholter starker Beifall links, Rufe rechts: „Abwarten!“) Wir verwehren niemandem eine sentimentale Erinnerungsfeier, aber so gewiß diese Nationalversammlung eine große republikanische Mehrheit hat, so gewiß sind die alten gotischen Wolltänze Abhängigkeiten für immer beseitigt. Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. (Zuruf bei den Unabhängigen: „Mit Rache!“) Diese Freiheit ist der einzige Weg, auf dem es sich aus dem Blutpfund des Krieges und der Niederlage wieder herausarbeiten kann. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. (Chor: „Nur nicht.“) Rufe links: „Nein, niemals!“ Meine Herren und Damen, es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete. (Zuruf: „Ludendorff hat es gemacht!“) Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und der wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. (Zuruf: „Wahr!“) Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Gland, in das die verlorne Politik der alten Gewalt und der Uebermut der Militärs das deutsche Volk geführt hat. (Zuruf: „Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.“) Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelmangel. (Zuruf: „Widerstand und Zuruf: „Selbstverleumdung!“)

Das furchtbare Unglück des Krieges für ganz Europa kann nur wieder gut gemacht werden durch Hand-in-Handgehen der Völker. (Beifall und Zustimmung.) Angesichts des Wollens des Völker erhebt sich die Schuldfrage beinahe klein. Gleichwohl ist das deutsche Volk einschlössen, selbst alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein abschlössiges Verschulden oder eine abschlössige Niedertrachtigkeit nachgewiesen werden kann. Der Militarismus ist in Trümmern gestürzt und wird nicht mehr erheben. (Zuruf bei den Unabhängigen: „Sie richten ihn wieder auf!“) Redner erörtert dann die Waffenstillstandsbedingungen und wendet sich an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutschen Volk Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Das deutsche Volk und die Regierung begrüßen die Rundgebung der deutsch-österreichischen Nationalversammlung für den Aufbruch an Deutschland aufrichtig und voll Freude und erwidern sie mit herzlicher Brüderlichkeit. Redner richtet einen warmen Appell an die Unternehmer und Arbeiter, alle Kräfte anzuspannen zur Arbeit, die allein uns retten kann und schließt: Wir müssen hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel steht vor Augen das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie verankern und sie mit wahrem sozialen Geist in sozialistischer Art zu erfüllen. So wollen wir wahr machen, was Pflicht der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat. Wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt. (Leb. Beif. und Handklatschen.)

Hierauf befragt der Mehrheitssozialist Riga. Pfannkuch den Präsidentenstuhl und richtete als Alterspräsident an die Versammlung eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Jetzt ist das deutsche Volk sein eigener Herr, seine eigene oberste Gewalt geworden. Es muß die große Prüfung bestehen, ob es reif ist, in Freiheit zu leben, oder ob es wiederum unter die brutale Gewaltverfassung einer Minderheit sich beugen muß. Diese Nationalversammlung ist der Ausdruck des Willens der deutschen Nation. Sie allein hat von heute ab in Deutschland zu entscheiden. Wer ihr die unbefröchte Gewalt zu schmälern sucht, der frevelt an des deutschen Volkes Majestät und Freiheit.

Sodann wurde die Geschäftsordnung des Reichstages als provisorisch auf Vorschlag des Präsidenten angenommen.

Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 297 Abgeordneten.

Der Alterspräsident Pfannkuch beraumt die nächste Sitzung alsdann auf Freitag, nachmittags 3 Uhr an.

Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Die Besetzung der Ämter.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß sich dem Vornehmen nach, den Volksbeauftragten Ebert als Reichspräsidenten und Scheidemann als ersten Reichsminister vorzuschlagen. Als Präsident für die Nationalversammlung werden in sozialdemokratischen Kreisen Rade (Breslau), Heine (Breslau) und Mue-

rumen genannt. Der bürgerliche Block wird vermuthlich für einen Zentrumsabgeordneten als Präsidenten der Nationalversammlung eintreten. Bei der Wahl des Reichspräsidenten wollen die Deutschnationalen weiße Stimmabgaben. Außer Scheidemann wird für den Posten eines Ministerpräsidenten auch noch Dornburg genannt. Das Gesamtministerium soll wesentlich anders gestaltet werden und sich aus 10-15 Mitgliedern aus allen Parteien zusammensetzen.

Bolschewisten-Herrschaft.

Es soll im lieben Deutschland wirklich immer noch Menschen geben, die nicht so recht an das Wesen des Bolschewismus glauben wollen. Die Tatsachen selbst müssen sie erst anspornen, um sie zu schauernden Erkenntnissen zu zwingen. Mit solch tatsächlichen Material kann das neueste, äußerst lehrreiche Heft der „Eubischen Monatshefte“, München, aufwarten. Arthur M. Ameysser, der soden aus Rußland zurückkehrte, berichtet hier u. a. folgendes:
Der Bolschewismus hat in der letzten Zeit eine Entwicklung durchgemacht insofern, als das Wahlprinzip völlig abgeschafft ist; wohl existieren noch Soldaten- und Arbeiterräte, doch sind sie zu Klappen geworden, die nicht die geringste Macht besitzen. Es ist ein absolut tyrannisches System. Alle Führer und Kommissare werden nicht gewählt, sondern von der Handvoll Bolschewist-Titellatoren ernannt. Täglich finden in Petersburg Erschießungen und Verhaftungen statt, nach annähernder Schätzung haben in den vereinigten Sowjet-Republiken innerhalb der letzten Monate 30 000 Erschießungen stattgefunden. Die Kernetruppen der Sowjet-Republiken sind freudhämige Soldaten, bestehend aus leichten Schützen, Kommanden, aus dem östlichen Schützen und großstädtischen Mob. Als die bolschewistische Offensive gegen das Politikum begann und die unglückliche Stadt Narwa dem Bolschewismus zum Opfer fiel, konnte man sehen, was das bedeutet. Nicht nur, daß eine große Anzahl der Einwohner infolge der Beschädigung der Stadt in ihren Häusern umkamen, sondern es wurden auch 62 Repräsentanten der Stadtverwaltung, Hauptmannschaft und der Industrie, in ihren eigenen Wohnungen erschossen. Selbstverständlich wurde die Stadt völlig ausgeplündert und die vorhandenen, ziemlich großen Vorräte an Lebensmitteln wurden gen Osten abtransportiert. Den Augenzeugen wird außerdem über eine Menge von Greuelthaten berichtet. In der Stadt, ausgeführt von Ringen, berichtet. Unzählige Guts-Häuser und Bauerngehöfte sind in Rauch und Flammen aufgegangen. Aus den größten Städten wie etwa Riga, Dorpat, Rellin, Rall sind hunderte und Aberhunderte Deutscher ins Innere Rußlands verschleppt worden. Kurz bevor wir Riga verließen, kam noch die Nachricht, daß in der Gegend von Oger 20 deutsche Soldaten, die den Bolschewisten in die Hände gefallen waren, in einem Guts-Haus eingesperrt und darauf das Gebäude in Brand gesetzt worden ist. Einige von den Soldaten, die aus dem brennenden Gebäude sprangen und sich retten wollten, wurden erschossen. In welcher Weise die Bolschewisten Rache nehmen, sieht man daraus, daß es in vielen Gegenden zu laun auszubedenken Schreckensbeispielen gekommen ist. Ganze Familien von Bauern sind aufgefunden worden, deren Häuser auf Holzblößen, die Hände und Arme an den mit Spikes gebunden Tisch genagelt waren. Kasrierungen, Ohren- und Nasenabschneiden sind an der Tagesordnung. Beinahe auch die Verhältnisse in Deutschland schon recht chaotische sind, so muß doch bemerkt werden, daß diejenigen Gruppen der Bevölkerung die diese Zustände begünstigen, sich schlechterdings gar keine Vorstellung machen, was aus einem Lande wird, wenn der Bolschewist zur Herrschaft gelangt. Billfür, Mord, Plünderungen, völliger Verfall der Städte und des flachen Landes, absolute Rechtlosigkeit, Knebelung der Presse, Arbeitslosigkeit, Kälte, Dunkelheit und Hunger, das sind die Merkmale eines Bolschewisten-Staates. Es war für uns ein merkwürdiges Gefühl, auf der Durchreise in Berlin den russischen Bolschewist, Kade, unter den Linden, herumfahren zu sehen, während durch seine Armee deutsche Soldaten in den Ostprovinzen lebendig verbrannt wurden.

Frankreichs Garantien.

Die „Times“ veröffentlichten einen von Frank Simonds verfaßten Leitartikel, in dem Frankreichs Wünsche bei der endgültigen Regelung der Friedensfrage auseinandergesetzt werden. Simonds führt aus, daß Frankreich bei dem Frieden eine eigene Stellung einnehme, denn Frankreich sei immer der Gefahr deutscher Angriffe ausgesetzt gewesen, und der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich diemal in einem Jahrhundert auf französischem Boden geführt worden. Jedemal sei ein Teil Frankreichs von Deutschland annektiert worden. Deshalb sei es eine wichtige Forderung, daß Frankreich sich für den Fall, daß der Völkerverbund praktisch scheitern sollte, Garantien verschaffe, damit ein künftiger Krieg nicht mehr auf französischem Boden geführt werde. Daher verlange Frankreich die Schließung der strategischen Eisenbahnen und

Stnotenpunte, die Deutschland vor dem Kriege hatte und die es zum Zwecke schleunigster Herbeiführung seiner Truppen an die Grenze benutzte. Nur eine Eisenbahnlinie, die für den Kriegsfall geplant wurde und keinerlei wirtschaftlichen Zielen dienen konnte, habe es Deutschland ermöglicht, Belgien zu überwinden. Die Franzosen würden weiter die Schleifung der Festungen auf dem linken Rheinufer verlangen und verbieten, daß die Deutschen Garnisonen auf dem westlichen Rheinufer halten dürften. Dadurch wäre die Garantie gegeben, falls es noch einmal zum Kriege kommen sollte, die erste Phase dieses neuen deutschen Angriffes auf deutschem und nicht auf französischem Gebiet sich abspielen müßte. Frankreich verlange keineswegs eine Befreiung des linken Rheinufers, sondern nur die Garantie, daß ein neuer deutscher Angriff vom Rhein abgelenkt werde. Keine andere Großmacht habe das gleiche Interesse oder lebe in ähnlicher Gefahr. Daher verlange Frankreich von der Friedenskongferenz, daß man seine Forderungen unterbreite, um dadurch natürliche Garantien gegen deutsche Angriffe zu schaffen.

Jammervolle Zustände.

Ein Mitglied der Regierung, das der Waffenstillstands-Kommission sehr nahe steht, hat folgende Schilderung tatsächlicher Vorgänge gegeben. Die deutschen Truppen, die sich am Schwarzen Meer und in Konstantinopel aufhielten, mußten, wie es im Waffenstillstandsvertrage heißt, demobilisiert werden. Der Rücktransport in die Heimat durch die Ukraine und Oesterreich wäre zweifellos auf viele Schwierigkeiten gestoßen. Infolgedessen hat die Regierung vom Verbandsrat die Erlaubnis erhalten müssen, die in Frage stehenden Truppen auf dem Seewege nach Deutschland zu bringen. In Suez hat man über diese Fragen lange verhandelt. Das Einverständnis der alliierten Regierung zur Heimreise zur See ist nunmehr erteilt worden. Die Durchführung des Vorhabens ist aber unmöglich gemacht worden, da deutsche Soldaten wieder einmal ihr Sonderinteresse vor die deutsche Kampfgemeinschaft stellten. Die Regierung hatte eine Reihe von Dampfern für diesen Rücktransport zur Verfügung gestellt. Die Dampfer wurden geprügelt und waren bereit zum Auslaufen. Aus Wilhelmshaven und Helgoland sollten die notwendigen Kohlen geliefert werden. Die Kohlenprämie, die von Wilhelmshaven nach Hamburg unterwegs waren, sind vom Soldatenrat in Euxhaven beschlagnahmt worden. Einer der für die Reise nach Konstantinopel bestimmten Dampfer sollte nach Kiel gehen, um dort zu kohlern. Da brachen in Hamburg Kohlenstreiks aus, die diese Fahrt unmöglich machten. Gegenwärtig liegen die Dampfer so, daß zur Heimkehr für unsere in der Türkei lebenden Truppen kein einziger Dampfer zur Verfügung steht.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Vom Staatssekretär Dr. Roeth ist ein Entwurf ausgearbeitet worden, der den Zweck hat, durch die Verknüpfung einer allgemeinen Arbeitspflicht die wirtschaftliche Produktion Deutschlands zu sichern. Von zentraler Stelle wird über diesen Entwurf mitgeteilt: Er steht ähnlich dem Rüstungsgesetz, eine Anmeldepflicht für sämtliche männlichen Personen bestimmter Altersklassen etwa von 16 bis zu 30 Jahren, vor. Von diesen Personen sollen, vorzugsweise aus der Reihe der Arbeitslosen, geeignete Männer ausgewählt und der Landwirtschaft überwiesen werden, da gerade diesem Zweige unseres wirtschaftlichen Lebens gegenwärtig etwa 1.300.000 Arbeiter fehlen; wird dieser Arbeitermangel nicht durch Zwangsmaßnahmen behoben, so werden wir im Herbst vor einer allgemeinen Hungersnot stehen, da mit den gegenwärtig verfügbaren Arbeitskräften die diesjährige Ernte nicht bestellt werden kann. Sollte die Zahl der Arbeitslosen nicht ausreichen, so wird auf solche erwerbsfähigen Personen zurückgegriffen werden, deren Tätigkeit augenblicklich von geringem allgemein-wirtschaftlichen Werte ist.

Nach Niederwerfung des Auslands hat sich in Bremen eine provisorische Regierung gebildet, die in einem Aufruf an die Bevölkerung jede Gewaltverhaftung verurteilt und den Rat der Volksbeauftragten, sowie den Volksrat für abgesetzt erklärt. Die Volkskommissionen und der Rat werden aufgehoben. Die provisorische Regierung wird unverzüglich nach demokratischen Grundsätzen eine verfassunggebende Nationalversammlung berufen.

Ungarn.

Das ungarische Amtsblatt veröffentlicht die Ernennung des Ministers Johann Kunfer zum ungarischen Gesandten bei der deutschen Republik.

Die Lebensmittelfrage.

Die Erfassung der Lebensmittel ist während der langen Kriegsjahre derart angeschlagen worden, daß in sehr vielen Bauernfamilien Schmalhans-Rüchensmeister geworden ist. Es wurde alles herausgeholt, was mit Verordnungen, Polizeimaßnahmen, Hausdurchsuchungen etc. zu erreichen war. Weiter geht es nicht! Wenn jetzt die Regierung noch härter „erfassen“ will, dann greift sie ins Leere, so nicht ist, da hat nicht nur der Kaiser, sondern da haben auch seine Nachfolger das Recht verloren. Bevor man nunmehr weiter erfassen kann, heißt es produzieren. Der Bauer ist bereit, er wird nach wie vor seine ganze Kraft einsetzen, um dem Boden die Mittel zum Unterhalt des Volkes zu entziehen. Aber auch aus dem Boden kann man nur das herausziehen, was darin ist. Unser Boden ist aber im Laufe von nahezu fünf Jahren ausgezehrt worden. Es schlie an Stallmist, weil der Viehstand stark vermindert war, und der Stallmist war nicht viel wert, weil die Tiere nicht gut ernährt werden konnten. Es schlie an Kunstdünger, weil die ausländische Zufuhr gesperrt war, weil der Aufschuß zur Pulverfabrikation beschlagnahmt war und weil für die Erzeugung und den Transport anderer Verkehrsmittel die Arbeitskräfte und die Verkehrsmittel fehlten. Diese Mängel müssen zuerst behoben werden, bevor wir mehr produzieren können, und ehe wir nicht mehr produzieren, können wir auch nicht mehr erfassen.

Jetzt haben die Arbeiter das Wort! Die Nahrungsmittelproduktion ist eine Staatsfrage. Wenn die Landwirte genügend schwefelsaures Ammoniak zur Verfügung haben, dann liefern sie ohne Zwang hinreichende Mengen Getreide, Fleisch, Fett, Milch und Butter ab. All diese schönen Dinge können aus schwefelsaurem Ammoniak gemacht werden. Soll aber hinreichend Kunstdünger auf den Markt kommen, dann müssen die Fabriken tüchtig arbeiten. Tag und Nacht müssen sie arbeiten. Die Fabriken können aber nur dann den Dauerbetrieb aufrecht erhalten, wenn sie Kohlen haben; darum müßten die Bergleute mehr Kohlen fördern, als jemals gefördert worden sind. Aber die Bergleute streiken und demzufolge geht es den umgekehrten Weg. Kohlenmangel bringt unser Transportwesen ins Stocken. Getreidemangel vermindert die Produktion an schwefelsaurem Ammoniak und anderen Düngemitteln. Der Mangel an Düngemitteln hat schlechte Ernten zur Folge und wo schlechte Ernten eingebracht werden, da gibt es nichts zu erfassen.

Nun noch eins. Die Arbeiter wollen billiges Brot. Sie verlangen aber Schichtlöhne von 30 Mark. Die Kohlen werden infolgedessen teuer. Progressiv wirkt die teure Kohle auf die Preise der Nahrungsmittel. Wenn aber der Bauer das Getreide für 13-14 Mark pro Zentner abgeben soll, dann kann er kein schwefelsaures Ammoniak anwenden, das pro Zentner 25-30 Mark kostet. Das sollte auch dem Arbeiter klar sein, wenn er auch von der Landwirtschaft nicht viel versteht. Wenn der Bauer billig Getreide, Fleisch, Fett und Milch liefern soll, dann muß er auch die Rohstoffe billig bekommen, das versteht sich ganz von selbst. Müß er die Düngemittel hoch bezahlen und seine Produkte sind auch die Bauern nicht. Bei den heutigen Getreidepreisen ist die Anwendung von schwefelsaurem Ammoniak ganz ausgeschlossen. Soll also die Getreideproduktion gehoben werden, dann müssen die Ammoniakpreise herunter oder die Brotpreise in die Höhe. Das ist das Stammeis des bäuerlichen Betriebes, an dem der Bauer nichts ändern kann. Die Verhältnisse sind hier härter als die Menschen.

Allerlei Nachrichten.

Spartakus in Bremen.

Bremen, 6. Febr. Wie aus zuverlässiger Quelle vorläufig, hat der Arbeiterkampf in Bremen von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags gedauert; dann flaute er ab. In Bremen hat der Kampf umfangreiche Verwüstungen verursacht. Wie weiter gemeldet wird, wurde der Dom von mehreren Granaten getroffen, ebenso die Börse und das Rathaus. Besonders der Nordturm des Domes ist durch einen Volltreffer arg zugerichtet. Am neuen Rathaus schlug eine Granate durch das Dach. Andere Gebäude sind ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen. Auch der größte Teil der Telegraphenlinien ist zerstört. Das Rote Kreuz hat im Rathaus eine Rettungswache eingerichtet, wohin die Verwunden gebracht werden. Die Zahl der Toten und Verwunden ist noch nicht festgestellt. In den Nachmittagsstunden sollen die Spartakisten den Kampf abgebrochen und sich nach der Weidinger-Werk zurückgezogen haben. Gegenwärtig finden Verhandlungen statt.

Der Zentralrat dankt ab.

Berlin, 7. Febr. Der Zentralrat der deutschen Republik hat an die Nationalversammlung eine Mitteilung gelangen lassen, in der er das gebieterische Bedürfnis betont, das Reich zu einem einheitlichen Staat umzugestalten. Als die wichtigste Aufgabe der Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland bezeichnet der Zentralrat besonders die Bekämpfung der einzelstaatlichen Hoheitsrechte. Die Nationalversammlung dürfe von keiner anderen Körperschaft, besonders nicht von der Landesversammlung, beschränkt werden. In der Erwartung, daß die Nationalversammlung ihre volle Souveränität durchführt, legt der Zentralrat bei ihm vom Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte übertragene Gewalt in die Hände der deutschen Nationalversammlung. Wir wünschen der Arbeit der Nationalversammlung zum Glück und Heil des gesamten deutschen Volkes Erfolg.

Was Soldatenräte kosten.

Die „Politischen Parlamentarischen Nachrichten“ schreiben: Die Soldatenräte haben bis zum Tage der neuen Kriegsministerien Verordnungen dem Reich täglich 100.000 Mark gekostet. Durch die neue Verordnung ist dieser ungeheure Betrag auf 40.000 Mark herabgesetzt worden. Der Widerstand mancher Soldatenräte gegen die neue Regierungsmäßnahme wird dadurch in eine ganz eigenartige Beleuchtung gesetzt.

Spartakus.

In der Berliner Presse sind mehrfache Befürchtungen bezüglich neuer kommunistischer Putsch geäußert worden. Es ist bekannt, daß zahlreiche Agenten des russischen Bolschewismus in Berlin weilen. Letzte Kreise der Berliner Bevölkerung sind schwer verunsichert. Wie von zentraler Stelle mitgeteilt wird, stehen trotz der Detachierungen nach Bremen und Weimar starke zuverlässige Regierungstruppen in und dicht um Berlin bereit. Diese Truppen sind auf ernste Putsch gefaßt. Sie werden Berlin nach einem wohl vorbereiteten Plan besetzen, sobald dies nötig ist.

Wie der „Vorwärts“ erfährt, bereitet die Regierung einen Erlaß vor, der durch das neue Hervortreten gewalttätiger Unternehmungen veranlaßt ist. Die Regierung erklärt darin ihre Entschlossenheit, gewaltsame Erhebungen gegen die freiheitliche Ordnung der Demokratie niederzuschlagen und betont, daß zu diesem Zweck genug geeignete Truppen zur Verfügung stehen.

Anarchistische Zustände.

Wie die „Hamburger Volkszeitung“ meldet, ist in Hamburg in Ausführung der am Samstag gefaßten Beschlüsse des Großen RWA, alles getan, um die Bewaffnung des Proletariats vorzubereiten. Der Hafen und die Anarchiststraßen sind durch verstärkte Wachen besetzt worden. Die im Hafen liegenden mehrere Millionen Wert darstellenden Lebensmittelmagazine wurden vom Hamburger RWA beschlagnahmt und werden stark bewacht. Auf der Ruffahrt müssen wegen Kohlenmangel zwei Drittel der Arbeiter

beurlaubt werden. Daraus ist beschlossen auch die Arbeiter nicht zu arbeiten. Sie veranlassen eine Demonstration zugunsten Bremens vor dem Rathaus und gegen vor das Gewerkschaftshaus, wo der Soldatenrat in Permanenz tagt.

„Enteignungsgelüste.“

Der Arbeiterrat in Ratingen will anscheinend mit der Enteignung des Großgrundbesitzes beginnen. Dem Reichsgrafen Franz v. Spreti auf Schloß Feltorf wurde folgendes Schreiben zugesandt: „Im Namen des revolutionären Proletariats der Arbeitergemeinerei von Ratingen und Edamp. Auf Grund des zwar ungeschriebenen Revolutionsgesetzes vom 9. November 1918, das jedoch in den allgemeinen Menschenrechten begründet ist, sind ab 1. Februar die bisher auf Ihren Namen eingetragenen Forste und Landwirtschafte im Bereiche der Bürgermeisterei Ratingen-Edamp enteignet, d. h. die besagten Forste und verpachteten Gärten nebst sämtlichem Zubehör, die Sie bisher als Ihr Eigentum betrachteten, sind Eigentum der obigen Kommune. Der Vollzugsrat. (Dem Vollzugsrat wird bald Klar gemacht werden, daß ihm zu einer solchen Sozialisierung, die nichts als Raub ist, jedes Recht fehlt.)“

Die deutschen Handelschiffe.

Nach den Bedingungen der Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens vom 16. Januar hat die deutsche Regierung den Verbandsmächten eine Liste der deutschen Handelschiffe zu liefern, die den Verbänden vom 16. Februar ab zum Zwecke der Lebensmittelförderung Europas zur Verfügung gestellt werden sollen. Sofort nach Eingang dieser Liste wird eine Besichtigungskommission von amerikanischen Offizieren auf amerikanischen Kriegsschiffen die deutschen Häfen besuchen, um sich über den Zustand der erwähnten Handelschiffe zu orientieren (Amerikanische Kriegsschiffe sind bereits vor Hamburg eingetroffen.)

Eine vernünftige Ansicht.

Nach dem Niederländischen Pressebüro schreibt die amerikanische Zeitung „Birmingham News“ vom 28. Januar: Jeder Boykott Deutschlands jetzt, wo es auf die Aneignung von Waren nicht nur unmöglich ist, sondern auch ein schlechtes Geschäft. Es wäre gerade so, als wenn ein Gläubiger seinen Schuldner daran hinderte, zu arbeiten, um seine Schulden abzudecken.

Was den Deutschen gestattet ist.

Nach der „Neuen Zürcher Zeitung“ meldet die „Central News“ aus Paris vom 22. Januar, daß ein einflussreiches Mitglied der Konferenz auf die Frage, über welchen Friedensbedingungen den Deutschen gestattet werden würde, mitzuberaten, antwortete, daß dies in der Hauptsache die Fragen sein würden, die auf die Art und Höhe der Schadenersatzvergütung Bezug haben. Man kann als bestimmt annehmen, daß die Konferenz auf jährliche Zahlungen der Deutschen wird. Ferner werden die Deutschen in der Frage der gerichtlichen Verfolgung derjenigen Personen, die der Verantwortlichkeit für den Krieg unter Ueberbreitung der Gesetze der Menschlichkeit beschuldigt werden, gehört werden.

Oesterreichs Aufteilung.

Allem Anschein nach ist der Verband gegenwärtig mit einer Revision der politischen Verhältnisse im ehemaligen Oesterreich-Ungarn beschäftigt, um diese seinen programmatischen Grundsätzen, insbesondere dem Völkischen Selbstbestimmungsprinzip, näher anzupassen. Die Provinzen werden von amerikanischen Studienkommissionen durchfahren, die sich hauptsächlich die Feststellung ethnographischer Verhältnisse angelegen sein lassen. Als Erfolg dieser Gerechtigkeitsaktion versprechen sich die Deutschen eine vollständige Räumung Südbosniens durch die Slowenen bis zur Draa, sowie eine Räumung Südbosniens seitens der Tschechen. Tatsache ist es, daß die Italiener beginnen, ihre Truppen aus Istrien zurückzuziehen und ihre Demarkationslinie in Istrien und Slawonien etwa um 20 Kilometer weiter nach Westen zu verlegen.

Bolschewisten im Baltikum.

Die Moskaler Zeitung veröffentlicht einen Bericht über den bolschewistischen Terror in den baltischen Provinzen. Darnach wurde eine große Anzahl von Personen in Wesenberg in brutaler Weise ermordet. Einwohner wurden zum Tode verurteilt, aus dem Gefängnis herausgerissen und getötet, ihre eigenen Gräber gruben. Dann wurden sie reihenweise vor die Gräber gestellt und erschossen. Tausende von Leichen wurden in daselbe Grab geworfen, die sich so schnell füllten, daß Arme und Beine in die Luft ragten. Unter den Opfern befanden sich viele bekannte Persönlichkeiten, ein Professor, ein Geistlicher und mehrere Frauen. In Dorpat wurden etwa 20 Personen erschossen oder enthauptet, darunter viele Geistliche.

Spartakus.

Der Arbeiterrat der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Danau hat an das Garnisonkommando die Forderung gestellt, daß die in Danau eingezogenen Truppen des 18. Infanterie-Regiments und die zum Schutze des Reservelieferungssamtes herangezogenen 25er Pioniere aus Seligenstadt zurückgezogen werden. Weiter wird die Wiederaushebung der roten Fahnen auf den öffentlichen Gebäuden verlangt. Die Forderungen sind dem Generalkommando des 18. Armee-Korps zugesandt worden.

Austritt in Magdeburg.

Nachts beging eine etwa 80 Mann zählende bewaffnete Rotte in Soldatenuniform schwere Ausschreitungen. Die Männer besetzten durch eine Anzahl von Handgranateneinschlägen im Hauptpasse 160 Gefangene, raubten das Gebäude aus und plünderten auf dem Breiten Wege zahlreiche Läden nach dem Einschlagen der Schanzen. Die Räuber waren mit gestohlenen Munition versehen und gaben zahlreiche Schreie ab; doch scheint niemand verletzt worden zu sein.

Eine spätere Meldung besagt: Das Wachregiment griff energisch ein und es kam zu Schieberien, bei denen mehrere Räuber verwundet wurden. Es wurde beschossen, die Gastwirtschaften um 3 Uhr abends zu schließen. Nach 10 Uhr abends darf niemand die Straßen betreten.

Die Opfer in Bremen.

In Bremen herrscht, von einigen unbedeutenden kleinen Schieberien abgesehen, Ruhe. Die Divi-

frisch Gerstenberg bleibt während der nächsten Tage noch in Bremen, um diesen Zustand auch sicherzustellen und die Verhandlungen in Bremen wieder zurückgezogen werden. Die Verhandlungen in verschiedenen Krankenhäusern 30 Wähler wurden in verschiedenen Krankenhäusern 30 Wähler und 100 Fernwähler eingeliefert. Das Kampfsfeld wird nach weiteren Opfern abgefeuert. Die Gesamtzahl wird sich noch bedeutend erhöhen.

Verständigung mit den Polen?

Über den Gang der Verhandlungen mit den Polen verlautet, daß auf beiden Seiten versucht wird, die Verhandlungen im Geiste der Verständigung zu führen. Man glaubt in politischen Kreisen an einen Erfolg der Verhandlungen, und zwar nach der Richtung ein, daß den Polen ein Anteil der Verwaltung in den polnischen Landesteilen eingeräumt, daß aber andererseits von den Polen die deutsche Staatshoheit anerkannt wird. Auf beiden Seiten dürfte die Erkenntnis der Notwendigkeit eines gegenseitigen wirtschaftlichen Ausgleiches die Herbeiführung eines politischen Ausgleiches erleichtern.

Wilson.

Präsident Wilson in Begleitung des Präsidenten Poincaré, Deschanel, Clemenceau und Dubouff wurde feierlich in der französischen Kammer empfangen. Deschanel hielt eine Rede auf Amerika und Wilson sagte u. a.: Dieser Krieg ist nicht wie andere Kriege gewesen und der Friede muß sich von anderen Frieden unterscheiden. Die Schuldigen müssen bestraft werden. Deutschland darf nicht mehr in der Lage sein, Frankreich zu bedrohen. — Präsident Wilson entgegnete, daß er immerhin die Freundschaft erwünsche, die ihn mit dem französischen Volk verbindet. Die Zeit der Gefahren sei vorbei. Keine Bedrohung sei mehr möglich, ohne daß die ganze Welt sich erhebe. Ich kann nicht zugeben, fuhr Wilson fort, daß die letzte Tragödie sich wiederholt. Die ganze Welt wird die Sicherheit Frankreichs verbürgen. Wir sind ihre Freunde, ihre Kämpfer und ihre Verteidiger und werden es mit ihnen bleiben, damit die Welt die Freiheit genießen kann.

Die Nachricht, daß Präsident Wilson am 4. März im Kongress sprechen wird, bestätigt sich. Er wird Frankreich um den 12. Februar verlassen und nach einer sechsmonatigen Abwesenheit dorthin zurückkehren.

Die griechischen Offiziere.

Aus La Canea wird gemeldet, daß die in Gortyn internierten griechischen Offiziere vor einem Kriegsrat erscheinen sollen, der zu diesem Zweck in La Canea gebildet wurde. Die zuletzt eingekerkerten haben erklärt, daß 300 griechische Offiziere die Absicht hätten, nicht mehr nach Griechenland zurückzukehren.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Die Gemeindevahlen.

* Frankfurt a. M., 5. Febr. In der Stadtverordnetenversammlung am 29. Januar beschloß man sich mit den neu angeordneten Gemeindevahlen. Die Mehrheit will von der neuen Verordnung nichts wissen und nahm einen persönlichen Antrag an, der wie folgt lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung erhebt nachdrücklich Einspruch gegen die Neuordnung der Gemeindevahlen vor Einberufung und ohne Mitwirkung der gesetzgebenden preussischen Landesversammlung. Sie ersucht den Magistrat, Schritte zur gemeinsamen Stellungnahme der preussischen Städte gegen die Durchführung der von der preussischen Regierung erlassenen Wahlordnung zu ergreifen.“

(Auch in anderen Städten wurden bereits gleichlautende Beschlüsse gefaßt. Der preussischen Landesversammlung soll das Recht zustehen über das Gemeindevahlrecht Beschlüsse zu fassen. Die derzeitige preussische Regierung handelt im höchsten Grade antidemokratisch, wenn sie den Willen des Volkes ausschaltet und auf ungesetzliche Weise Verordnungen mit Gesetzeskraft erläßt, wie es die Verordnung tut, wonach sämtliche bisherigen Gemeindevahlkreise aufgelöst und bis zum 2. März Neuwahlen anberaumt werden sollen. Auch wer Anhänger des gleichen Wahlrechts für die Kommune ist, muß sich gegen die Verletzung des Volkswillens aussprechen. Auch die Schulgesetz-Erlasse sind für ungültig erklärt worden, weil die Bevölkerung der ungesetzlichen Verordnungen ablehnte. Nicht anders wird es mit den Verordnungen zu den Gemeindevahlen gehen, wenn die Gemeindevahlkreise für das Recht eintreten. Und das Recht besteht darin, der preussischen Landesversammlung die Entscheidung zu überlassen. Jetzt, wo wir eine geordnete Vertretung des Landes haben, muß diese geordnete Vertretung auch die Gesetze erlassen, und ihr bleibt das Recht vorbehalten, das Gemeindevahlrecht so zu gestalten, wie es dem Willen des Volkes entspricht. Es wird protestiert gegen die überstürzte Umbildung der Gemeindevahlkreise. Die plötzliche Ausschaltung zahlreicher erfahrener Gemeindevahlkreise würde vielerorts die Fortführung einer geordneten Verwaltung außerordentlich gefährden. Gerade in der Kommunalverwaltung sind Erfahrungen dringend geboten. Darum sollte man fürs erste veranlassen, daß die Gemeindevahlkreise abschnittsweise erneuert werden.)

Generalversammlung.

* Johannisberg, 7. Febr. Der Kranken-Unterstützungsverein Johannisberg hielt am vergangenen Sonntag bei gutem Besuche seine diesjährige Generalversammlung ab. Laut Bericht machte sich — wie auch in allen anderen Krankenkassen — die im letzten Jahre so stark aufgetretene „Grippe“ recht fühlbar. Daher kam es, daß der Verein im Laufe des Geschäftsjahres 671 Krankheitsfälle zu verzeichnen hatte (das sind fast 200 Krankheitsfälle gegen das Vorjahr mehr). Die Mitgliederzahl beträgt heute 91. Der Kassenbestand bei der Krankenkasse stellt sich auf Mark 1095.96 und bei der Sterbekasse Mark 485.58, welche Beträge in Kassenanleihen und Sparkassenbüchern angelegt sind. Das während des Krieges auf 80 Pfennig reduzierte Krankengeld wurde wieder auf 1 Mk. pro Tag erhöht und bietet sich dadurch Jeder-mann Gelegenheit, im Falle einer Erkrankung eine schöne Unterstützung zu sichern.

Beim Ausgehen

Legitimationskarten

nicht vergessen!

Wahlstatistik.

* Diebrich, 8. Febr. Einer nicht uninteressanten Statistik über die Wahlbeteiligung der 20-jährigen Begegnen wir in der „Diebricher Tagespost“. Die Statistik basiert auf einer privaten Aufstellung, welche sich ein Wahlvorsteher gemacht hat. Es nahmen danach an der Wahl teil: Männer 80,7 Proz. (bei der Wahl vor 8 Tagen 88,5 Proz.), Frauen 80,4 Proz. (88,5 Proz.), Männer im Alter von 20 Jahren 36,3 Proz., im Alter von 21—24 Jahren 54,2 Proz., von über 24 Jahren 85,1 Proz. der Wahlberechtigten. Von Frauen im Alter von über 24 Jahren 81,5 Proz. In die Augen fällt dabei die verhältnismäßig starke Wahlbeteiligung der jugendlichen Frauen gegenüber derjenigen der jungen Männer.

Ausweise mitführen!

* Kreuznach, 8. Febr. Der Stadtkommandant von Kreuznach hat den Kneipier Johann May zu Kreuznach mit 2 Monaten Gefängnis bestraft, weil er in betrunkenem Zustand auf der Straße angehalten wurde und weder Ausweise noch Legitimationspapiere bei sich hatte.

Die Schußnot wird größer.

* Aus der Pfalz, 5. Febr. Unverkündete Nachrichten kommen aus der pfälzischen Schuhmetropole. Darnach seien die Bedenröcke derart knapp geworden, daß mit einem ganz empfindlichen Rückgang der ganzen Schuhfabrikation schon für die aller nächste Zeit gerechnet werden müsse, wenn es nicht gelinge, bald Rohmaterial, Häute, aber auch den zum Verben notwendigen Stoff beizuschaffen. Einige Bedenröcke sollen schon vorzeitig Arbeitern deswegen gelündigt haben.

Zur allgemeinen Warnung.

* Wie schon durch freiliegende Einzelne ganze Gemeinden geschädigt werden können, zeigt folgender Vorfall: Den Gemeindefürsorge, Neuenhain und Schwalbach wurde von dem kommandierenden General der 10. Armee eine Geldstrafe von 4200 Mk. auferlegt. Davon entfielen auf Eichen 2000 Mk., Neuenhain 1500 Mk. und auf Schwalbach 700 Mk. Als Grund der Bestrafung teilt die französische Militärverwaltung des Rheins Folgendes mit: „In dem Gelände zwischen den Gemeinden Eichen, Neuenhain und Schwalbach sind Wälder, Schilber und Tüfeln, die die Auffstellung von Geschützen anzeigen, von Unbekannten, die bisher noch nicht ermittelt werden konnten, herausgerissen worden. Da diese Handlung ein Verstoß an dem der französischen Armee gehörenden Material ist und außerdem die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährden könnte, hat der kommandierende General die obigen Strafen verhängt.“

Gedenket der hungernden Vögel!

* Zur jetzigen Winterzeit leiden die Vögel große Entbehrungen durch Futtermangel. Alle Tierfreunde mögen durch Gütigkeit von Futterplätzen sowie von Trinkgelegenheit den Tieren behilflich sein. Aber die kalte Jahreszeit glückt hinwegzukommen. Die Vögel danken es uns durch ihre fleißige Vertilgung von Ungeziefer und durch den schönen Gesang in der kommenden Jahreszeit.

Freigegebenes Seifenwasser!

* Die aus den Seifenbeständen freigegebenen Seifenwasser sollen nunmehr für die Allgemeinheit weitergegeben werden. Es handelt sich um Windeln, Korben, Packstricke, Leinen in verschiedenen Stärken, Zugzwänge, Tankwerk in verschiedenen Stärken, sämtlich hergestellt aus Hanf, Flach oder Baumwolle. Diejenigen selbständigen Handwerker, welche Bedarf an den genannten Waren haben, tun gut, diesen möglichst rasch bei der Handwerkskammer Wiesbaden anzumelden.

Etwas gemäßigtere Lebensmittelpreise.

* Von der Pfalz, 6. Febr. In verschiedenen Gegenden der Pfalz sind die Preise für die sonst von den Hausfrauen und Schleichhändlern aufgetauften Lebensmittel im Preise wesentlich zurückgegangen. So war frisches Schweinefleisch in letzter Zeit für 4—5 Mk. das Pfund zu haben. Vor nicht langer Zeit wurden noch 10—12 Mk. für das Pfund bezahlt. In der Pfalz ist auch das Pfund Butter für 8—10 Mk. zu haben und Speck kostet nicht viel mehr, während geräucherter Schinken, der im vergangenen Jahre sich auf 18—20 Mk. stellte, zu 10—12 Mk. abgegeben wird. Das Liter Küddel stellt sich auf 10—15 Mk., das Liter Bucheckerdol 3—5 Mk. mehr.

Gefälschte Geldscheine.

* Düsseldorf, 6. Febr. Gefälschte Einhundertmarkscheine der rheinischen Provinzialverwaltung sind in großen Mengen in Düsseldorf und in benachbarten Städten im Verkehr. Die Werkstätte der Fälscher ist jetzt in der Druckerei von Heiser und Vallon in der Korneliusstraße entdeckt worden. Es fanden sich noch große Mengen gefälschter Hundertmarkscheine und Zwanzigmarkscheine vor. Außer den Herstellern kamen auch mehrere Verteiler der gefälschten Stücke in Haft.

Erhöhung der Druckpapierpreise.

* Berlin, 7. Febr. Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers, betreffend die Reichsstelle für Druckpapier, vom 12. Febr. 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 126), wird die Bekanntmachung über Druckpapierpreise vom 25. Oktober 1918 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 258) dahin abgeändert, daß die im § 1 festgesetzten Zuschläge für Lieferungen von maschinenglattem, holztauglichem Druckpapier für den Druck von Tageszeitungen, die in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis zum 31. März 1919 erfolgen, erhöht werden: a) für Rollenpapier von 42.25 auf 47.75 Mk., b) für Formatpapier von 46.25 auf 51.75 Mk. für 100 Kilogramm.

Trauerbriefe — Trauerkarten

liefert schnellstens „Rheingauer Bürgerfreund“

Weinzeitung.

* Aus dem Rheingau, 8. Febr. Der Geschäfts-gang in 1918er Weinen hat auch im Rheingau einen ziemlich auffälligen Verlauf und zu erheblichen Umsätzen geführt. Ganze Keller sind ausverkauft worden und in manchen Gemeinden ist das Meiste abgesetzt worden. Man braucht ja auch im Frühjahr 1919 nicht mit größeren und bedeutenderen Weinversteigerungen zu rechnen, da es eben an der Möglichkeit entsprechender Besuche der Weinversteigerungen mangelt. Daß die Weinversteigerungen also in diesem Falle ausgeschaltet werden, ein Faktor, der angeblich an der Weinversteigerung eine so große Schuld trug, ist so weit sicher. Daß aber eine Weinverbilligung eintreten wird, ist nicht sicher, wie sich gegenwärtig bei der so pfählich und schnell eingetretenen Weinversteigerung zeigt. Auf jeden Fall sind die 1918er schnell teuer geworden und kosten heute Beträge, die man vor kurzem nicht für möglich gehalten haben würde.

* Aus Rheinhessen, 6. Febr. Es wurden auch weiter ansehnliche Verkäufe in 1918er Weinen in Rheinhessen abgeschlossen. So wurden in Weinsheim für 50 Stück je 3500 Mk., Alheim 60 Stück 4200 Mk., Rierstein 25 Stück 4800 Mk., Selgen 20 Stück 2500—3000 Mk., Elheim 14 Stück 4500 Mk., Dalheim 30 Stück 3000 Mk., Wödenheim 10 Stück 3800 Mk., Oppenheim 14 Stück 4500 Mk., Wimsheim 25 Stück 3700 Mk., Mettenheim 12 Stück 3200—3800 Mk., Dargheim 25 Stück 3000—3500 Mk., Nackenheim 30 Stück 3500—4000 Mk., Spießheim 15 Stück 3000 Mk., Wödenheim 25 Stück 2500—2800 Mk. bezahlt. In Badalvertheim kostete das Stück 1918er 2500—3000 Mk., in Bornheim und Biehlheim gingen 30 Stück zu unbekannt gebliebenen Preisen in anderen Besitz über.

* Aus Rheinhessen, 7. Febr. Es wurde bis jetzt schon viel Arbeit in den Weinbergen erledigt. In letzter Zeit hat allerdings ziemlich harter Frost eingelegt und die Arbeit unterbrochen. Im geschäftlichen Verkehr ist es äußerst lebhaft, es kommt fortwährend zu bedeutenden Umsätzen. Erhöht wurden für das Stück 1918er in der letzten Zeit in der Regel 2500—3500—4000 Mk., wobei die billigeren Sätze bereits meist überholt sind.

* Von der Nahe, 7. Febr. Die Nachfrage nach 1918er Weinen hat in der letzten Zeit eine Erhöhung erfahren und der Weinabsatz hat sich schnell erweitert. Es wurde ziemlich viel verkauft, wobei sich eine Steigerung der Preise zeigte. So kostete das Stück 1918er bis 3500 Mk. und mehr.

* Von der Mosel, 7. Febr. Die Verkäufe in 1918er Weinen waren in letzter Zeit ganz bedeutend. Der neue Wein ist ein mittleres Gewächs zum Teil aus besseren Sachen bestehend, die durch Aus- und Spätsäulen herausgebracht werden konnten. Bei den verschiedenen Umsätzen der letzten Zeit stellte sich das Fuder 1918er auf 2500—3500 Mk. Dabei wurden hunderte von Fudern in den vergangenen Wochen abgesetzt und werden noch verkauft.

* Aus dem Rheinpfalz, 7. Febr. Das geschäftliche Leben in den verschiedenen pfälzischen Weinbaubezirken zeigte in letzter Zeit viel Leben. Dabei haben die Preise sich schnell gehoben und sich um den doppelten und dreifachen Betrag gegen die Preise vor einigen Wochen erhöht. Im Gebiete der oberen Haardt brachte das Fuder 1918er 2500—3000 Mk., im Gebiete der mittleren Haardt 3000—6000 Mk., im Gebiete der unteren Haardt 2800—3500 Mk. Das Fuder 1917er stellte sich an der mittleren Haardt auf 7500 Mk. und mehr.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destrict.

Güter-Versteigerung.

Donnerstag, den 13. Februar, vormittags 11 Uhr, läßt Frau Seb. Josef Ruppershofen Ww. ihre in Destricten Gemarkung gelegenen **Weinberge** unter günstigen Zahlungsbedingungen öffentlich meistbietend auf dem Rathause zum Verkaufe anbieten.

Pfähle,

große Auswahl taunene, gerissene, kieferne, Gold-Lärche, Birnne, gefägte und runde lichte. Weinbergspfähle, lichte und imprägniert, in Längen 1,50, 1,75, 2 Meter und höher.

Große Auswahl in **Baumstäben** imprägniert und lichte in allen Längen und Dicken.

Verkauf ab Lager gegen Kassa, Versand gegen Nachnahme.

E. Dillmann, vorm. Gregor Dillmann
Geisenheim a. Rh.

Schüler, deren Fortschritte gefährdet sind, sollten jetzt sofort bei uns angemeldet werden. Wir besetzen in kleinen Klassen durch einen Unterricht, der die Elgenart jedes Schülers besonders berücksichtigt, die vorhandenen Lücken und ergänzen dadurch unsere Bekanntheit hervorragenden Erfolge in allen Prüfungen. In Rehl herrscht köstliche Ruhe wie mitten im Frieden. — Vorzügliche Verpflegung. — Reform-Institut, Rehl (Waden), Fernruf 15.

Pa. Schnupftabak,

„Cölnner Cardinal“,
ist frisch eingetroffen bei
J. Kennemann, Winkel,
Tannusstr. 1.

Zentrifuge

steht zu verkaufen.
Nah. in d. Exped. d. Btg.

Zugochsen

zu verkaufen.
Brochueswerke,
Niederwalluf.

Monatsmädchen

oder Monatsfrau für kleinen Haushalt nach Winkel a. Rh. gesucht, gegen gute Vergütung. Zu erfragen in der Exped. d. Btg.

Prosilisten, Faktoren

Adolf Adam Etienne, Destrict.



Heute abend verschied nach schwerem, mit unsäglichem Geduld ertragenem Leiden mein geliebter Bruder, Schwager, unser guter Onkel, Grossonkel und mein lieber Freund

Herr Georg Müller.

ELTVILLE a. Rh., (Haus „Die Rose“), den 5. Februar 1919.

Elise Werner, geb. Müller,
Max Werner, Hauptmann a. D.,
Elisabeth Jhmsen, geb. Werner,
Antonie Zaun, geb. Werner,
Ernst Jhmsen, Rittmeister a. D.,
Dr. Leonhard Zaun, Reg.-Rat,
Eva und Franz-Fritz Zaun,
Fräul. Paula Volz.

Die Beisetzung findet statt vom Trauerhause in Eltvile aus am Sonntag, den 9. Februar 1919, nachmittags 3³⁰ Uhr, die Exequien am Samstag, den 8. Februar 1919, vormittags 7 Uhr.

Neu eröffnet!

Der verehrten Einwohnerschaft von Eltvile und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich hier selbst

Burgstraße 9

eine

Immobilien-Agentur

nebst

Hypotheken-Vermittelung

eröffnet habe. Mit diesem Geschäft eröffne ich zugleich auch ein

Inkasso-Bureau,

zwecks Eintreibung von Forderungen aller Art sowie finanziellen Auskünften.

Zugleich empfehle ich mich zur Abhaltung von Freiwilligen Versteigerungen und zur Vermittlung von Kauf- und Verkäufen von Häusern, Grundstücken etc.

Hochachtungsvoll

Richard Fuhrmann,

Auktionator,

Immobilien- und Hypotheken-Agentur.

F. W. Kinkel, Gerberei und Lederfabrik
Heidesheim (Rheinhesen) und Mainz
übernimmt das Gerben von Grosshäuten
sowie von Kalb-, Ziegen- u. kleinen Fellen.

Ankauf von Rohhäuten und Fellen

In jedem Umfang.
Fabrikation von Lederwaren, Spezialität Kuntz,
Geschirre, Treibriemen, Massenartikel.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß ein etwaiger Verbrauch von elektrischem Strom in leerstehenden Wohnungen, Stallungen und anderen Räumen vom Hausbesitzer dem Elektrizitätswerk sofort anzuzeigen ist, damit ein Elektrizitätsmeter angebracht wird.

Die Hausbesitzer sind für die Entnahme des Stromes haftbar, und wir weisen insbesondere auf das Reichsgesetz betr. die Bestrafung für Entziehung des elektrischen Stromes vom 9. April 1900 hin.

Rheingau-Elektrizitätswerke A.G.,
Eltville am Rhein.



Zodes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe, gute Schwester, Nichte, Cousine und Tante

Gertrude Rosa Friedrich

nach langem schwerem Leiden, heute morgen 5½ Uhr, im 41. Lebensjahre, wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten zu sich abzurufen.

Um stilles Beileid bitten

Namens der trauenden Hinterbliebenen:

Joseph Friedrich.

Oestrich und Frankfurt, den 6. Februar 1919.

Die Beerdigung findet statt in Oestrich am Sonntag, den 9. Febr., nachmittags 3 Uhr, die Exequien am Montag, den 10. Febr., morgens 6¼ Uhr.

Sauchdünn

trägt man Dr. Gunters Delwachslederputz



Hersteller, auch des so beliebten Parfüm- und Kosmetik-„Roburin“: Carl Guntner, Göttingen.

Nigrin

auf das Leder auf, behandelt es nach einiger Zeit oder besser am anderen Morgen rasch mit weichem wollenen Lappen und erzielt so mühelos lackartig glänzendes und zugleich wasserfestes Schuhzeug.

Bis 1. März ein tüchtiges, besseres

Mädchen

in Haushalt von 3 Personen bei gutem Lohn gesucht.

Director Marmann, Eltvile, Adolfsstraße 19.

Mitteilungen

Hilbert Adam Künze, Oestrich

Wachsamer Hund

gesucht.

Hans Krayer, Winkel.

Ein gut erhaltenes

Bett

zu kaufen gesucht oder Bettteile. Nähere Auskunft in der Expedition dieses Blattes.

Suche für sofort tüchtiges

Bausmädchen,

das schon in besserem Hause tätig war, sowie

besseres Mädchen,

in Krankenpflege, Nähen und Bügeln erfahren.

Frau Oberamtmann C. Staffen, Neuhof bei Hattenheim a. Rh.

Tuche

in verschiedenen Farben für Hosen, Anzüge und Confermandenanzüge, sehr gute Qualitäten, empfiehlt zu den billigsten Preisen.

Ernst Strauss, Oestrich, Fernsprecher Nr. 1.

Im

Bügeln

im Hause empfiehlt sich Frau Johann Erb, Winkel a. Rh., Bachweg 28.

Mädchen

gesucht 3. März für herrschaftlichen Haushalt.

Näheres bei

Frau Jos. Fleischer, Eltvile, Gutenbergstr. 2.

Zitherunterricht

erteilt gründlich

Paul Berg,

Winkel, Hauptstraße 90.

Derselbe laßt auch gebräuchliche Konzert-Zithern.

Militärstiefel

werden für Kinderschuhe umgearbeitet.

Eltville, Schmittstraße 3.

Ein

Kasten-Ofen

billig zu verkaufen.

Oestrich, Brandpfad Nr. 15.

Evangelische Kirchen-Gemeinde

Oestrich.

Sonntag, den 9. Febr. 1919.

5. Sonntag nach Epiphania.

9 Uhr vorm.: Gottesdienst in Oestrich.

1 Uhr nachm.: Gottesdienst in Eberbach.

Die angegebene Zeit ist in französl. Zeit.